

Rheingauer Bürgerfreund

Der „Rheingauer Bürgerfreund“ erscheint wöchentlich drei mal: Dienstags, Donnerstags und Samstags, an letzterem Tage mit dem Unterhaltungsblatt „Blaubeckchen“.

Anzeiger für den Rheingau

Bezugspreis monatlich 2.— Mk. einschließlich Trägerlohn. Anzeigen: die einspaltige Zeile 40 Pfennig, die Zeile 1.50 Mk. Beilagengebühr nach Vereinbarung.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises

Größte Abonnentenzahl aller Rheingauer Blätter

Expeditionen: Oestrich-Winkel u. Eltville

Druck und Verlag von Adam Ecken in Oestrich
Fernsprecher No. 88.

Größte Abonnentenzahl aller Rheingauer Blätter

No. 42

Donnerstag, den 8. April 1920

71. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Bekanntmachung.

§. 1. Das Erscheinen der Zeitschrift „Phosphor“ im besetzten Gebiete ist durch die Interalliierte Rheinland-Kommission für 1 Monat vom 5. April d. J. ab verboten worden.

Niedersheim a. Rh., den 3. April 1920.

Der komm. Landrat,
Dr. Mähens.

Den bedürftigen Familien gefallener Kriegsteilnehmer können aus Reichsmitteln nachträglich Beihilfen zur Einlösung der Konfiskationen und Kommunikationen und zur Berufsausbildung bewilligt werden.

Anträge sind umgehend bei dem Kreiswohlfahrtsamt, Abt. B in Niedersheim schriftlich vorzulegen.

Niedersheim a. Rh., den 8. April 1920.

Der Vorsitzende:
Dr. Mähens.

Kriegsbeschädigte, deren Rentenansprüche noch nicht entschieden sind, können bis zu deren Abschluß Vorzuschüsse beantragen.

Entsprechende Anträge werden vom Kreiswohlfahrtsamt Abt. B. Niedersheim entgegen genommen.

Niedersheim a. Rh., den 1. April 1920.

Kreiswohlfahrtsamt Abt. B.

Vorrücken der Franzosen.

Die Truppenvermehrung im Ruhrgebiet, die bereits in einer Zurückdrängung der Roten Armee und zur Befreiung an verschiedenen Plätzen geführt hat, hatte die unheimliche Folge, daß die französische Regierung diese Maßnahmen als Verletzung des Friedensvertrages und als „feindliche Handlung“ aufzufassen. Von französischer Seite wurde deshalb die Besetzung der Zone Frankfurt, Homburg, Darmstadt, Hanau, Dieburg angeordnet, um Frankreich für alle Eventualitäten, die sich aus dem Einmarsch deutscher Truppen ins Ruhrgebiet ergeben können, zu sichern. Die deutsche Regierung sieht auf dem Standpunkt, daß ihr Vorgehen dem Friedensvertrage durch nichts entgegenstehe, da die Stärke der im Ruhrgebiet einmarschierenden Truppen das Kontingent noch nicht erreicht hätte, das Deutschland für die neutrale Zone zugesprochen ward. Die deutschen Geschäftssträger in Paris haben versucht, die Verhandlungen mit der französischen Regierung fortzusetzen, aber diese Bemühungen scheiterten jedoch erfolglos, so daß die Besetzung von Frankfurt inzwischen Tatsache geworden ist.

Es handelt sich hier um ausschließlich französische Präsenzmaßnahmen, da die französische Regierung zwar mit ihren Alliierten in Verbindung getreten ist, bis jetzt aber noch keine Antwort erhalten hat. England scheint nach einer Neuherung der „Westminster Gazette“, geneigt zu sein, der deutschen Regierung alles zu gestatten, was zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung notwendig erscheint, da man dort die Ansicht vertritt, daß geordnete Zustände in Deutschland die beste Bürgschaft für die Auslieferung des Friedensvertrages seien. Präsident Wilson hat auf neue festgelegt, daß die amerikanischen Truppen, die sich in Deutschland befinden, nur seinem Befehl zu folgen haben. Aus alledem geht hervor, daß Frankreich seinen Schritt lediglich aus eigenem Entschlusse unternommen hat. Da die deutsche Regierung damit rechnet, daß die Aktion im Ruhrgebiet in etwa sieben Tagen ihr Ende erreicht haben wird, darf man wohl hoffen, daß die Besetzung der rechtsrheinischen Gebiete nur von kurzer Dauer sein wird.

Nach einer Bekanntmachung des Oberkommandierenden der alliierten Besatzungstruppen, D e g o u t t e, werden die Städte Frankfurt, Homburg, Hanau, Darmstadt und Dieburg durch französische Truppen besetzt. In den neu besetzten Gebieten ist der Belagerungszustand proklamiert. Der Verkehr ist vorläufig zwischen 9 Uhr abends und 5 Uhr morgens unterbunden. Der Verkehr zwischen dem neu besetzten Gebiet und Deutschland ist im allgemeinen verboten, jedoch werden Ausweise durch die Gemeindebehörden mit militärischem Visa ausgeben. Jede Annäherung auf der Straße von mehr als fünf Personen ist verboten. Das Erscheinen der Zeitungen ist vorläufig eingestellt. Telefon- und Telegraphengebrauch benötigt die Erlaubnis der Militärbehörde. Vorläufig ist die Korrespondenz für hergestellt.

Eine deutsche Feststellung.

Obwohl die deutsche Regierung in Paris wiederholt die dringlichen Gründe darlegen ließ, die sie zwingen, eine Besetzung im Ruhrgebiet zu unternehmen, gelang es bisher nicht, das Einverständnis der französischen Regierung zu dem Einmarsch zu erzielen. Millerand wies vielmehr in seiner Eigenschaft als französischer Ministerpräsident die deutsche Regierung in seiner Note auf die Beforderung der feierlichen Fassung des Artikels 44 des Friedensvertrages hin, der jeden Verstoß Deutschlands gegen die mit der neutralen Zone sich beschaffenden Artikel 42 und 43 als feindliche Handlung und Versuch einer Störung des Welt-

friedens kennzeichnet und stellt in Aussicht, daß uns die Entscheidung der französischen Regierung später übermitteln werden würde. Demgegenüber kann heute festgestellt werden, daß durch die zum Zweck einer Polizeiaktion ins Ruhrgebiet marschierenden Truppen das uns für die neutrale Zone zugesandene Kontingent noch nicht erreicht wurde. Nach dem Abkommen vom 6. August sind uns insgesamt für die neutrale Zone 17 500 Mann zugesandt. Im Industriegebiet befinden sich zur Zeit 13 500 Mann, in der übrigen neutralen Zone 3500 Mann. Es wurde ferner mitgeteilt, daß die Aktion im Ruhrgebiet in etwa sieben Tagen ihr Ende erreicht haben dürfte.

Der Einzug der Franzosen.

Die Vorgeschichte.

Das bz. Büro verbreitet über die Vorgeschichte der Verhandlungen zwischen Berlin und Paris folgendes:

Die deutsche Regierung ließ am 2. April in Paris die folgende Note übergeben, die auch den Geschäftssträgern in den anderen alliierten Ländern zur Übermittlung an die betreffenden Regierungen übersandt wurde, wie überhaupt während der ganzen Zeit, sowohl in den alliierten Hauptstädten wie auch hier an die fremden Geschäftssträger, von dem Reichskanzler die genauesten Informationen über den Fortgang der Ruhrangelegenheiten gegeben worden ist:

Die ersten Nachrichten, die über den Ausbruch blutiger Kämpfe im rheinisch-westfälischen Gebiet Mitte März vorliegen, haben die deutsche Regierung bereits damals veranlaßt, die alliierten Regierungen um ihre Zustimmung zur vorübergehenden Entsendung beschränkter Truppenmengen in das bedrohte, innerhalb der 50-Kilometer-Zone liegende Gebiet unter gleichzeitiger Anbieten von Garantien für die rechtzeitige Herausziehung dieser Streitkräfte zu bitten.

Von Seiten der französischen Regierung ist darauf erwidert worden, daß sie ihrerseits dem deutschen Wunsch nur entsprechen könne, wenn alliierte Truppen die Städte Frankfurt, Hanau, Homburg, Dieburg und Darmstadt solange und in gleicher Stärke besetzen dürften, als deutsche Truppen über das bisher zugelassene Maß sich im Ruhrgebiet befänden.

Die deutsche Regierung hat sich unter Zurücksetzung der schweren Bedenken, die einer weiteren Besetzung deutscher Landesteile entgegenstehen, bereit erklärt, einem Einmarsch allierter Truppen in die bezeichneten Orte für den Fall zuzustimmen, daß die über das bisher zulässige Maß hinaus im Ruhrgebiet befindlichen Truppen das 50 Kilometer-Gebiet innerhalb einer bestimmten, von den alliierten Regierungen festzulegenden Frist nicht verlassen hätten. Aus den Verhandlungen, die hierüber von den deutschen Vertretern mit den Alliierten geführt wurden, ging hervor, daß die alliierten Regierungen sich mit diesem Vorschlage grundsätzlich einverstanden erklärten. Nicht nur die britische Regierung, sondern auch der französische Ministerpräsident hatte den deutschen Vertretern entsprechende Erklärungen abgegeben, so daß die deutsche Regierung hoffen konnte, binnen kürzester Frist auch die zur Herstellung eines Einverständnisses nötigen Formalitäten festzulegen.

Neuerdings hat es dann die französische Regierung noch als notwendig bezeichnet, den Nachweis dafür zu erbringen, daß in der Tat ohne Einmarsch von Truppen die Ruhe in der 50-Kilometer-Zone nicht aufrechtzuerhalten sei. Nach den im höchsten Grade beunruhigenden Nachrichten, die seitdem unablässig der deutschen Regierung zugegangen sind und noch zugehen, läßt sich leider nicht mehr daran zweifeln, daß die alsbaldige Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung ohne vorübergehendes Eingreifen militärischer Kräfte unmöglich ist. Die Lage hat sich, wie die stündlich eintreffenden dringenden Hilferufe beweisen, in einer Weise zuspitzt, daß heute nicht nur das Wohl und Wehe der Bewohner jener Landesteile auf das Spiel gesetzt, sondern auch der Bestand des ganzen Wirtschaftslebens in Deutschland schwer bedroht ist. Kommuniken und Mob haben das gesamte öffentliche Leben unter maßlosem Terror gehalten, wahllos Requisitionen und Plünderungen vorgenommen, die Tätigkeit der Staatsorgane lahmgelegt und Leben und Sicherheit bedroht.

Die Verhältnisse haben sich dahin entwickelt, daß es zum Stillstand der industriellen Erzeugung, insbesondere der Kohlenförderung und der Hochöfenbetriebe und zur Einstellung des Eisenbahnverkehrs kommen muß. Damit wäre die Aufrechterhaltung des gewerblichen Lebens und die geordnete Versorgung mit Nahrungsmitteln nicht nur im Gebiete der Unruhe, sondern in ganz Deutschland gefährdet. Eine Lösung, durch die die Dinge einigermaßen in geregelte Bahnen hätte geführt werden können, besteht nicht mehr. Zwar haben sich die neugebildeten Volks- und Geneträte zu Abmachungen verstanden, die den Abbruch des Generalstreiks und die Herstellung der Ruhe und Ordnung bezwecken. Diese Abmachungen sind aber tatsächlich wertlos, weil die auf aufrührerischer Seite beteiligten, die sie abgeschlossen haben, nicht mehr die Macht haben, um sie durchzuführen.

Die deutsche Regierung hat durch ihre Vertreter in eingehenden Ausführungen den alliierten Regierungen von diesem Stande der Dinge Kenntnis gegeben und glaubt namentlich durch die Mitteilung, die sie auf Grund ihrer neuesten Feststellungen gemacht hat, den Nachweis erbracht zu haben, daß eine systematische Herstellung der Ordnung durch Truppen um keine Stunde mehr verzögert werden darf. Die deutsche Regierung ist für Leben und Freiheit ihrer in den bedrohten Bezirken befindlichen Volksgenossen verantwortlich und darf sie nicht im Stich lassen. Sie hat

daher geglaubt, die formelle Zustimmung der alliierten Regierungen zu dem Einmarsch deutscher Reichswehrtruppen in die bezeichnete Zone nicht mehr abzuwarten und den Vormarsch der Truppen nicht weiter aufhalten zu dürfen. Es handelt sich dabei nicht um ein Vorgehen gegen die arbeitende Bevölkerung, deren Vertreter vielmehr selbst dringend um Hilfe gebeten haben, sondern nur um die Bekämpfung anarchistischer Elemente. Die Leitung des Unternehmens ist dem Reichskommissar Severing übertragen worden.

Die deutsche Regierung zweifelt nicht daran, daß die alliierten Regierungen unter diesen Umständen unter Berücksichtigung der deutschen Notlage ihre Zustimmung erteilen werden, um die sie hiermit bittet. Sie wiederholt in eindringlichster Weise ihr schon früher gemachtes Anerbieten, jede denkbare Garantie dafür zu geben, daß die Truppen unverzüglich nach Wiederherstellung der Ordnung zurückgezogen werden. Insbesondere würde sie auch bereit sein, der Entsendung einer internationalen Kommission zuzustimmen, die sich an Ort und Stelle davon überzeugen könnte, bis wann die Gegenwart der Truppen durch die Verhältnisse gerechtfertigt ist, und der in jeder Beziehung Erleichterungen zur Befriedigung der Tatsachen gewährt werden würden.

Die deutsche Regierung hofft, daß sich die alliierten Regierungen der Erkenntnis nicht verschließen werden, daß Deutschland sich in einer Lage befindet, die gebieterisch ein Einschreiten in dem ihrer Verantwortung unterliegenden Gebiet erfordert und in der die Stunde des größten unabänderlichen Unheils nach sich ziehen würde. Zugleich glaubt sie aber auch dem Geiste des Friedensvertrages nicht entgegenzukommen, dessen hier in Frage kommende Bestimmungen ausgesprochenemassen der Sicherung des Weltfriedens dienen und einer zweifellos von jeder agrarischen Tendenz weit entfernten Schutzmaßnahme ihrem Sinn nach nichts entgegenstehen dürfte. Die deutsche Regierung hat nach wie vor den festen Willen ihren Verpflichtungen loyal nachzukommen. Gerade dafür aber bedarf es der schleunigen Wiederherstellung der staatlichen Autorität in einem Gebiet, dessen Ruhe und Ordnung die grundtatsächliche Voraussetzung für die Durchführung der wichtigsten Bestimmungen des Friedensvertrages bilden.

Am 2. April abends erneuerte die französische Regierung in Beantwortung der deutschen Note ihre Forderungen nach Besetzung der deutschen Städte und sofortige Zurückziehung der im Ruhrgebiet einmarschierten Truppen. Am 3. wies die französische Regierung anlässlich einer an den Präsidenten der Friedenskonferenz gerichteten Mitteilung über das Eindringen von Reichswehrtruppen ins Ruhrgebiet auf die Verletzung des Artikels 44 hin, dessen feierliche Fassung sie ausdrücklich in Erinnerung bringt und schließt mit dem Satz: „Die Entscheidung der französischen Regierung werde ich Ihnen später zur Kenntnis bringen.“

Am 4. April führt die deutsche Regierung den Nachweis, daß die in der 50 Kilometer-Zone befindlichen Truppen an der Kopfzahl den laut Abkommen vom 6. August zugesandten Umfang nicht übersteigen.

Am 6. April vormittags erfolgt in Paris die Überreichung der französischen Note, worin die Besetzung der Städte Frankfurt, Homburg, Hanau, Darmstadt und Dieburg angekündigt wurde. Wie sich die übrigen alliierten Regierungen zu dem inzwischen erfolgten Einmarsch stellen, ist zurzeit noch unbekannt, da der deutschen Regierung lediglich eine französische Note zugegangen ist. Die Reichsregierung wird sich mit jeder Entscheidung gegen das Vorgehen verhalten, das jede Möglichkeit, zwischen Frankreich und Deutschland den modus vivendi zu schaffen, ausschließt, und nur auf eine neue die Kräfte in Deutschland stärken muß, die von einer Erfüllung des Friedensvertrages nichts wissen wollen.

Eine neue deutsche Note.

Der deutsche Geschäftssträger in Paris ist angewiesen, der französischen Regierung eine Note zu übermitteln, in der es u. a. heißt: Durch die Note vom 6. d. Mts. hat die französische Regierung mitteilen lassen, daß der kommandierende General der Rheinarmee Befehl erhalten habe sofort die Städte Frankfurt, Homburg, Hanau, Darmstadt und Dieburg zu besetzen. Die französische Regierung hat mitgeteilt, daß die Besetzung ihr Ende erreichen werde, sobald die deutschen Truppen die neutrale Zone vollständig geräumt hätten. Nach bevor die Note übergeben war, ist die Besetzung der bezeichneten Städte tatsächlich erfolgt. Die deutsche Regierung muß gegen das Vorgehen der französischen Armee die schärfste Verwahrung einlegen. Es kann unmöglich die Absicht des Vertrages von Versailles gewesen sein, Deutschland zu verhindern, in einem Teile seines Gebietes die Ordnung, die durch Räuber und Mörderbanden auf das schlimmste gestört worden ist, so rasch wie möglich wiederherzustellen. Die deutsche Regierung hätte unverantwortlich gehandelt, wenn sie länger gewartet hätte. Die Ereignisse hätten ihr auch bisher recht gegeben. Überall da, wo die Truppen angelangt sind, ist die Bewegung rasch zusammengebrochen. Die Befürchtung, daß gerade das Eindringen von Truppen zur Vernichtung wichtiger gewerblicher Anlagen herbeiführen würde, habe sich bisher nicht bestätigt. Der Gedanke, daß die Entsendung von Truppen in das Aufstandsgebiet irgendeiner Bedrohung vor Frankreich in sich schließen könnte, sei auch so absurd, daß er einer Widerlegung nicht bedürfe. Deutschseits darf demnach mit vollster Überzeugung der Standpunkt vertreten werden, daß selbst, wenn eine Verletzung des Friedensvertrages begangen wäre, der dadurch von der französischen Regierung jetzt vorgenommene militärische Vormarsch noch nicht gerechtfertigt wäre. Das heutige Vorgehen der französischen Regierung steht in schroffem Widerspruch zu der Note der all. und all. Regierungen vom

6. Dezember v. J. Ueberdies hatte sich aber die französische Regierung über grundlegende Bestimmungen der Völkerverträge hinweggesetzt, die einen integrierenden Bestandteil des Friedensvertrages bilden. Die Lösung einer derartigen Streitfrage zwischen einem Mitglied und einem Nichtmitglied des Bundes dürfte zunächst nur im internationalen Schlichtungsverfahren versucht werden. Zum Schluss müsse die deutsche Regierung mit besonderem Nachdruck darauf hinweisen, daß die von der französischen Regierung ergriffenen militärischen Zwangsmaßnahmen notwendigerweise die schwersten Folgen in politischer und wirtschaftlicher Beziehung haben werden. Die deutsche Regierung hatte es begrüßt, daß auch die französische Regierung gerade in letzter Zeit zur Annahme einer Verständigung auf wirtschaftlichem Gebiet bereit zu sein schien. Das dem deutschen Volke vor allem not, sei Ruhe. Nur dann könne sich die Arbeitsleistung heben, daß das Volk leben und die schweren Verpflichtungen des Friedensvertrages erfüllen könne.

Der französische Vormarsch.

Die Zahl der in Frankfurt a. M. eingerückten Franzosen beträgt 2000. Kommandantur und Polizei präsidium wurden sofort beseitigt. Der Belagerungszustand wurde verhängt. Starke französische Patrouillen durchziehen die Stadt. Es ist alles ruhig. Die Behörden sind in ihrer Arbeit nicht behindert, arbeiten jedoch unter Kontrolle der französischen Behörden. Briefzensur, Telegraphen- und Telefonsperrung wurden verhängt. Die Reichswehr wurde aus Frankfurt abtransportiert. In der neubefestigten Stadt sowie in den Bezirken Wiesbaden-Stadt und -Land, außer Diebrich, in Königstein, Langenschwalbach, Höchst und Groß-Geran wurde der Belagerungszustand verhängt und die Verwaltung unter die Kontrolle der Delegierten der Hohen Interalliierten Rheinlands-Kommission in der Weise gestellt, wie es während des Besatzungsstandes üblich war. Zwischen 9 Uhr abends und 5 Uhr früh dürfen keine Versammlungen stattfinden. Der Verkehr ist bisher ungehindert, steht jedoch unter militärischer Kontrolle. Es erscheinen keine Zeitungen.

Darmstadt wurde Dienstag früh besetzt. Die Truppen der Reichswehr sind nach ihrem neuen Standort Habenhausen abgerückt. Die Reichspost und der Bahnhof stehen unter französischer Kontrolle. Der Zugverkehr ist beschränkt: alle von Frankfurt einlaufenden Züge werden hier aufgehalten. Nur die Züge nach dem besetzten Frankfurt, sowie nach Mainz und Worms verkehren regelmäßig. Auch der Rhein- und Main-Verkehr ruht. In einem Aufschlag des französischen Generals Degoutte stehen sämtliche Personal der Eisenbahn, der Telegraphie und der Telefonie sowie das feste und bewegliche Material unter französischem Befehl und gelten als requiriert. Das Personal hat den Vorschriften der französischen Befehlshaber Folge zu leisten. Der Staatspräsident und der Oberbürgermeister erlassen einen Aufruf, in dem die Bevölkerung ersucht wird, die Ruhe zu bewahren. Der Staatspräsident hat gegen die Befehle Protest eingelegt.

Havas veröffentlicht folgende offizielle Mitteilung über die militärischen Operationen: Die gegen Frankfurt und Darmstadt vorgesehene militärische Operation hat in den ersten Morgenstunden des 6. April begonnen. Die Truppen des 30. Korps, die daran teilnahmen, stießen auf keinerlei Widerstand. Die Einschließung der beiden Städte und die Befehle der wichtigsten Punkte an der Peripherie war um 5 Uhr nachmittags gesichert. Unsere Kavallerie besetzte nachmittags Hanau, das kurz vorher von den deutschen Truppen geräumt worden war. Ein Bataillon der deutschen Sicherheitspolizei wurde in einer Kaserne in Frankfurt überfallen und entwaffnet.

Die französische Regierung.

Havas meldet: Die Regierung setzt den auswärtigen Vertretern ihre Haltung gegenüber Deutschland in der Frage der Befreiung des Ruhrbeckens auseinander. Millerand erinnerte daran, daß er wünsche, mit Deutschland die wirtschaftlichen Verbindungen wieder aufzunehmen. Er verkenne nicht, aber Deutschland — so führte er aus — brach die gebietlichen Bestimmungen des Vertrages von Versailles, indem es dem Druck der militärischen Partei nachgab. Die Nachrichten, die wir erhalten, melden die militärische Intervention im Ruhrbecken. Diese bedeutet die schwerste Gefahr für die Sicherheit der Bevölkerung des Industriegebietes. Die Nichterfüllung der Pflichten bezüglich der Entwaffnung und Auslieferung von Munition erlaube allein den Widerstand der Roten Armee. Die Artikel 42 und 44 des Vertrages stellen den unumgänglichen notwendigen Schutz Frankreichs dar. Der englisch-amerikanische Garantievertrag im Falle der

Nichterfüllung den casus foedems vor. Das schnelle Vorgehen im Ruhrgebiet zwingt also die Regierung, die militärischen Maßnahmen ins Auge zu fassen, die den Charakter von Vorsichtsmaßnahmen tragen. Das Schreiben, das an die französischen Vertreter im Auslande bezüglich der Ereignisse im Ruhrbecken gerichtet wurde, ist genau umschrieben und entschlossen, versöhnend und würdig.

Die Franzosen.

Havas meldet: Der Vormarsch der französischen Truppen verläuft in Berlin sowie in ganz Deutschland seine Wirkung nicht. Man weiß dort, daß Frankreich gewonnen ist, die schärfsten Maßnahmen zu ergreifen, wenn der Vertrag von Versailles nicht ausgeführt wird. In Frankreich hat diese Art von Einschüchterung Millerands einstimmige Billigung gefunden. Hätte der französische Staat diese Vergeßlichkeit einer der Hauptklauseln des Vertrages geduldet, so hätte er gleichzeitig auf sämtliche Garantien und Wiederherstellungen, auf die er ein Recht hat verzichtet. Am 10. April läuft der Vertrag vom 9. Aug. 1919 ab, der Deutschland erlaubt, eine gewisse Truppenzahl in der neutralen Zone zu halten. In vier Tagen also müssen sämtliche deutschen Soldaten diese Zone verlassen haben. An diese Bedingung erinnert Millerand Herrn Mayer in einem Schreiben und erklärt, daß die Ausführung desselben auf das schärfste überwacht wird.

Französische Stimmen.

Der „Temps“ vergleicht das Vorgehen der Reichswehr im Ruhrgebiet mit dem Aufmarsch von 1914. Wie damals, gelte auch jetzt das Wort Schallens: „Wacht mir nur den rechten Flügel stark!“ und wie damals sei den Deutschen der Versailler Vertrag nichts als ein Papiert. „Die deutsche Regierung“, sagt das Blatt, „folgt immer noch denselben Ueberlieferungen und derselben Rasse. Die preussischen Militärs bereiten die Revanche von 1920 vor, wie sie den Krieg von 1914 vorbereitet haben. Die Sache an der Ruhr ist nur die erste Etappe; sie soll das durch Rapp und Lüttich verloren gegangene Aushen der Parteien der Rechten wieder herstellen; sie soll dem Wahlkampf als Covertüte dienen; sie soll beweisen, daß Vertragsbestimmungen die deutsche Armee nicht aufzuhalten vermögen. Im übrigen hat das Vorgehen der Franzosen nur den einen Zweck, von Deutschland die Achtung der Artikel 42-44 des Friedensvertrages zu erzwingen.“

Die Kämpfe an der Ruhr.

Die Polizeiaktion.

Die Polizeiaktion im Ruhrrevier widet sich nach den in Berlin einlaufenden Nachrichten des Ministers Severeing rasch ab. Der größte Teil der unruhigen Städte ist bereits besetzt worden. Die Reichswehrruppen sind eingerückt und haben die Entwaffnung vorgenommen. Trotz allen Bemühens, Kämpfe möglichst zu vermeiden und durch den Druck der aufgebotenen Truppen die wilden Banden zur Niederlegung der Waffen zu zwingen, ist es hier und da doch zu schweren Kämpfen gekommen, in denen auch Artillerie eingesetzt werden mußte. Die Reichswehr hat bei den Kämpfen nicht unerhebliche Verluste erlitten. Es wird damit gerechnet, daß binnen weniger Tage die Polizeiaktion abgeschlossen sein wird. In ihr haben neben norddeutschen Kontingenten auch bayerische und württembergische Verbände teilgenommen.

Die deutsche Regierung hat durch ihren Geschäftsträger in Paris dem französischen Ministerpräsidenten mitteilen lassen, daß der Einmarsch hätte erfolgen müssen, ohne daß die Zustimmung der Entente hätte abgewartet werden können. Es werde indessen nachträglich um die Zustimmung nachgesucht. Der Einmarsch wäre aber notwendig gewesen, weil die friedliche Bevölkerung der Kohlenbergwerke und die Erfüllung des Friedensvertrages aufs äußerste durch die wilden Banden gefährdet worden seien. Alle Parteien einschließlich der Unabhängigen hätten um sofortige und rasche Hilfe nachgesucht, die von der deutschen Regierung nunmehr gewährt worden sei, nachdem alle anderen Mittel erschöpft gewesen seien. Bei diesen Mitteilungen hat der deutsche Geschäftsträger in Paris darauf hingewiesen, daß bis jetzt die Deutschland nach dem Abkommen vom 6. August in der neutralen Zone gestattete Truppenzahl noch nicht erreicht worden sei. Es seien nur die bis dahin versetzten Patalone auf ein begrenztes Gebiet zusammengezogen worden.

Von zünftiger Stelle wird mitgeteilt: Duisburg, Karpas, Neulinghausen und Oberhausen sind bereits von der Reichswehr eingenommen. Die von Norden und Osten in das Industriegebiet einrückenden Truppenverbände der

Reichswehr wurden von der Bevölkerung mit höchster Friedlichkeit begrüßt. Nach den Tagen schwerer Kämpfe und Bedrängung sieht das Industriegebiet in den Trümmern der zerstörten Städte und in den Trümmern der zerstörten Dörfer, und die Dankbarkeit ist allgemein. Die Stimmung gegen die roten Banden, deren Ausschreitungen und Tötungen tagelang in Schrecken und Angst versetzten, außerordentlich groß, zumal diese Banden noch im Lande gehen und in Auflösung sich neue Gewalttaten zu bereiten kommen lassen. Die Terroristen, die einsehen, ihre Herrschaft sich ihrem Ende zuneigen, suchen durch Verbrechen und Erschaffungen möglichst viel Geld und zusammenzuraffen. Aus den noch nicht befreiten Gebieten kommen immer wieder Hilferufe von Organisationen einzelner Vertreter aller Berufe und Parteien. Die beste Haltung der mit der Reinigungsaktion betrauten Truppen wird allgemein anerkannt.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Von der Reichswehr sind bis jetzt Neulinghausen, Herten, Gelsenkirchen, Buer, Gladbach, Dinslaken, Mülheim, Duisburg, Dortmund und Essen besetzt. Vorher dreitägige schwere Kämpfe mit Artilleriefeuer am Herne-Kanal getobt. Ueberall wurden die Regiments- und Truppen von der Bürgerschaft mit aufstrebender Freude und mit schwerster Bedrängnis begrüßt.

Blutige Kämpfe.

Der Ostermontag brachte schwere Kämpfe zwischen den von Sterkrade auf Oberhausen anrückenden Reichswehrruppen und den Rotgardisten, die sich bei der Hoffnungslosigkeit festgesetzt hatten. Die Roten wurden doch immer weiter bis zur Stadt zurückgedrängt. In entbrannten erbitterten Straßenkämpfen, wobei auch reiche Häuser Granatstreifer erlitten. Die Verluste der Reichswehr sind gering, die der Roten recht erheblich. Am Montag war die Stadt von ihnen gesäubert. Die Bänder der Roten Armee sind gestrichelt.

Die Wiederannahme der Arbeit wurde von den Arbeiterverbänden der Region in Hamborn beschleunigt. Bei den Kämpfen am Ostermontag sind bei der Reichswehr insgesamt 23 Soldaten gefallen und eine große Anzahl verwundet worden. Die Verluste sollen demnächst herausgegeben werden. Ueber die Verluste der Roten Truppen steht noch nichts Genaues fest. Der Friede birgt bereits 87 Tote von ihrer Seite.

Terroristische Gewaltakte.

Grauen und Entsetzen kennzeichnen die Schilderungen, die die Neckingerhäuser Volkszeitung von der durch die Einrückung der Truppen beendeten Gewalttätigkeit in Spartaalben entwirft.

In allen Ecken und Enden wurde geplündert und geraubt. Die Spartaalben hausten wie die Wilden. Raub und Geschäftsleute wurden Pferde und Wagen mit Gewalt weggenommen, und die Besitzer der Fuhrwerke wurden vielfach gezwungen, diese selbst in die Kämpfe zu fahren. An diesen Geschehnissen haben sich die Mitglieder des Volksgenossen mitteilhaft gemacht. Die Ende der aufrührerischen Bewegung war im Neckingerhäuser Ziel der Münchener Geiselmörder Marcuse, ein Mann, der sich verschoren hatte, in Neckingerhäuser seinen Lauf dem Tode zu lassen. Eine Kugel hat dem Tode dieses Schenke in Menschengestalt ein Ende bereitet. Von Eisen her die Regimentsgruppen im Anmarsch wurde der Volksgenoss mit seinem Führer Bönke schon bald nachher von Rotgardisten wieder befreit. Der Volksgenoss zwang den Wirt Neckingerhof, ihn auf seine Gefährt nach Herten zu fahren. Auf der Rückfahrt wurde Neckingerhof erschossen, wie man annimmt in der Nähe der Spur der Flüchtenden zu verwischen. Am Amtsbau kam es zu einem erbitterten Kampf zwischen den empöerten Bürgern und Rotgardisten, wobei sieben Rotgardisten erschossen wurden. Vom Rumberge aus wurde das völkisch-unbewaffnete Volkshaus mit Maschinengewehrfeuer beschossen. Auch ein Angriff mit Handgranaten wurde gegen das Volkshaus unternommen. Als am Karfreitag ein Spartaalben aus Speckhorn nach Neckingerhausen kam, wurde von der Bürgerwehr angehalten. Der Führer der Spartaalben wurde sofort erschossen. Seine Genossen wurden bald darauf durch Standgericht gleichfalls zum Tode verurteilt, doch wurde die Vollstreckung des Todesurteils aus Rücksicht aufgesetzt. Die einziehende Reichswehr wurde in Neckingerhausen mit Jubel empfangen und dem Generalkommando ein Danktelegramm geschickt. Dem Volk zur Bildung einer Bürgerwehr leisteten die Bürger in Scharen Folge. Geradezu grauenhaft haben die Spartaalben auf dem Schloß des Grafen v. Westerholt gehandelt. Nachdem sie schon vorher die Bauernhöfe in der ganzen

Die wahre Liebe opfert sich.

Roman von Erich Freisen.

51

Nachdruck verboten.

„Hast du mich lieb, mein Junge?“ flüsterte sie, sich zu ihm niederbeugend, bewegt, zum erstenmal unwillkürlich das veraltete „du“ gebrauchend.

„O, so lieb!“ erwiderte der Knabe aus volstem Herzen.

„Würdest du dich entschließen, mir ein Opfer zu bringen?“

„Jedes.“

„So laß mich fort.“

„Fort?“

„Ja. Noch heute. Jetzt gleich.“

Der Knabe erschraf.

„Noch heute? Was für ein?“

„Das kann ich dir nicht sagen. Nur soviel: das Glück deiner Schwester hängt davon ab und — meine Seelenruhe.“

Der Knabe schwieg. In seinen bleichen Zügen malte sich ein schwerer Kampf.

Noch einmal blinnte er voll in das über ihn geneigte traurige Frauenantlitz.

„Geh!“ flüsterte er mit Anstrengung und wandte sein Gesicht der Wand zu, um die heißen Tränen zu verbergen, die ihm aus den Augen stürzten.

Und — sie ging.

Noch am demselben Abend ging sie, nachdem sie sich übergeben hatte, daß Günter eingeschlafen war. Einen Zeitel hatte sie auf das Nachtschreiben gelegt, damit die Mutter ihn heute spät abends fände, wenn sie, wie allabendlich, ihrem Jungen „gute Nacht“ wünschte.

Und dann ging sie.

Wieder hinaus in die schwarze Nacht. Auf der Flucht vor Entdeckung — das traurige, tiefunglückliche, müde geprügte Weib.

XXIII.

Wie eine schwere Gewitterwolke hing es über der kleinen Villa Zuckersum. Jedes fühlte: dem plötzlichen Verschwinden der geheimnisvollen Schwester Virginia mußte eine besondere Ursache zugrunde liegen.

Der einzige, der den Grund wußte, schwieg: Fritz Vandvogt. Wortkarg und finstern ging er einher und kämpfte einen schweren Kampf mit sich.

Die Hochzeit war auf unbestimmte Zeit verschoben worden, da Günters Zustand sich nach Schwester Virginias Abreise verschlimmert hatte. Wieder teilten sich die Mutter und Hans-Joachim in die Pflege des kranken Knaben.

Ely ging nur noch auf den Fußspitzen ab und zu. Und jedesmal, sobald sie das Krankenzimmer betrat, warf sie einen neugierigen Blick auf die Schreibmappe ihres Bruders, die auf dem Nachtschreiben neben dem Bett lag. Sie wußte, daß in dem Briefe das geheimnisvolle Bild, das niemand sehen sollte, und das reizte ihre kindliche Neugierde.

Ein paar Wochen waren vergangen seit Schwester Virginias Abreise. Endlich konnte der Tag festgesetzt werden, an dem Hans-Joachim v. Zuckersum seine Braut heimführen sollte nach Schloß Waidmannslust.

Noch immer kämpfte Dr. Vandvogt mit sich, was tun. Der Mensch in ihm sagte: „Laß sie gewähren! Es ist das Beste für alle!“ Der Jurist warnte: „Denke die Folgen, wenn der Beitrag durch irgend einen unvorhergesehenen Umstand herauskommt! Und du warst Mitwisser des Verbrechens und hast nichts dazu getan, um es zu verhindern!“

Der „Jurist“ in ihm siegte. Doch nicht eigenmächtig wollte er handeln. Er hatte Ruth das Versprechen gegeben, zu schweigen. Nur sie selbst konnte ihn davon entbinden. Er entschloß sich also, nach Arosa zu fahren und sie dort persönlich aufzusuchen.

Da bei einem Mann wie Fritz Vandvogt die Tat stets rasch auf den Gedanken folgte, so reiste er bereits am nächsten Tage ab, ohne daß die Bewohner der Villa Zuckersum von dem Ziel seiner Reise Kenntnis erhielten.

Ely v. Soltan war jetzt eine sehr glückliche Braut. Aus vielen Anzeichen merkte sie, daß das Herz ihres Verlobten sich ihr mehr und mehr erschloß, und sie ersahnte den Tag herbei, der sie für immer mit dem geliebten Manne vereinen sollte. Die Liebe hatte sie weicher, mädchenhafter gemacht. Ihre Bewegungen waren ruhiger geworden, ihre Stimme war weniger

laut und durchdringend. Nicht mehr nahm man Abstand, sie auch hier und da einmal mit dem Kranken allein zu lassen.

Auch heute, an einem frischen Herbstnachmittag, schlich sie auf den Lebensspisen ins Zimmer, um ihrem Bruder einen Strauß Blumen zu bringen.

Der Nelsonvalezent schloß — den tiefen, gesunden Genesungsschlaf. In letzter Zeit war in seinem Befinden eine merkwürdige Besserung eingetreten, die der Arzt völlige Heilung erhoffen ließ. Das stolze Bewußtsein, seiner teuren Schwester Virginia ein Opfer gebracht zu haben, stärkte seine Energie und damit seinen Willen und seine Kraft zum Leben.

Als Ely die ruhigen, gleichmäßigen Atemzüge des Schlafenden vernahm, legte sie die Blumen auf sein Bett und wollte wieder hinausgehen.

Da fiel ihr Blick auf die Schreibmappe.

Und wieder regte sich die alte Neugier in ihr. Sie blieb stehen und betrachtete die Schreibmappe von allen Seiten.

Der Schlüssel steckte im Schloß. Ersichtlich hatte der Knabe vergessen, ihn abzunehmen, was er sonst stets tat. Elys Neugierde wuchs. „Was ist schließlich dabei?“ dachte sie — „wenn ich die günstige Gelegenheit benutze und einmal einen Blick auf das Bild werfe.“ Und die Finger suchten hin nach der Schreibmappe. Doch hastig zog sie sie wieder zurück. Warnte sie ihr guter Engel?

Sie guckte und guckte nach der Schreibmappe — und konnte den Blick nicht wegwenden. Bis sie schließlich ihre Neugierde nicht mehr bezähmen konnte.

Schnell drehte sie den kleinen Schlüssel herum und öffnete die Mappe.

Die Photographie lag oben auf. Ely nahm sie in die Hand und begutete sie. Lauter Pflegschaften in ihrer häßlichen grauen Tracht mit großen Hauben und weißen Schürzen — eine wie die andere! Puh! Enttäuscht ließ das Mädchen die Hand mit dem Bild sinken.

Dann blinnte sie noch einmal hin.

(Fortsetzung folgt.)

Umgehend ausgeblendet, das Vieh abgeschlachtet, die Weiber gebändigt und zu Dienstleistungen gezwungen. Draußen stand ein großer Haufen von Frauen, die in das Schloß ein. Dort zwangen sie die allein stehende Gräfin, ihnen das Essen zu kochen, ihnen per- sönlich aufzuwarten und Zeugin der gemeinsten Ausschweif- ungen und Willküren zu sein. Sämtliche Möbel und Gegenstände wurden von den Horden bis auf das letzte Stück zerstört. Die Krugknechte wurden von den mit- telsten Soldaten getötet. Die Krugknechte wurden von den mit- telsten Soldaten getötet. Die Krugknechte wurden von den mit- telsten Soldaten getötet.

Eine Spionagezentrale.

Die mehrheitlich sozialistische Duisburger „Volkstimme“ schreibt: Als eine ernsthaft spionagezentrale entpuppte sich das Haus des Gastwirts Marx in der Feldstraße. In den Kellerräumen dieses Hauses wurde eine Funktionärs- konferenz, ferner eine geheime Anführerversammlung, deren Ende bis- her noch nicht festgestellt werden konnte. Ueber die bis- herigen Mitwirkenden, daß hier gleichzeitig eine Münz- presse aufgestellt war, sind augenblicklich noch Nachforschun- gen im Gange. An Lebensmitteln sollen bisher 100 Str. Weizen gefunden worden sein. Der Besitzer des Restaurants Marx ist flüchtig, sein Sohn befindet sich in Haft. Am ersten Ostertag wurde ein sogenannter Kompanieführer der Roten Garde aus Remscheid festgenommen, in dessen Ge- selschaft sich noch 70 bis 80 000 Mark befanden. Ein großer Teil der stabilen Kompanieführerstellen in der Roten Ar- mee in Duisburg mußten neu besetzt werden, weil die Führer mit den Kompanieführern das Weite ge- macht hatten.

Ein vielsagendes Protesttelegramm.

Die Parteileitung der sozialdemokratischen und unab- hängigen Partei des besetzten linken Niederrheins sandte der Reichsregierung in Berlin folgendes Telegramm: Der linksrheinische gemeinsame Aktionsausschuß der SPD und der USPD erwartet von der Reichsregierung die Verhinderung des Terrors im Ruhrgebiet und dar- über hinaus in ganz Deutschland. Die Regierung wird aufgefordert, alles zu tun, eine friedliche Lösung im Ruhrgebiet, die heute noch möglich ist, herbeizuführen, und den weiteren zu unabsehbaren Folgen führenden Fortschritt der Reichswehr zu verhindern.

Die linksrheinische arbeitende Bevölkerung hat ein Interesse nur an einem republikanischen Staat als den Vor- aussetzung einer sozialistischen Republik, in welchem der Wille der arbeitenden Bevölkerung und nicht brutale Willkür einer Junkertaste als Voraussetzung des Kapitals den Aus- schlag gibt. Sollte unser in letzter Stunde dringender er- hobener Wunsch des völlig einigen Proletariats des be- setzten linken Niederrheins nicht baldmöglichst in Erfüllung gehen, so erklären wir im Auftrag der SPD und USPD, daß sie dann an einem durch das reaktionäre Militär ver- trante Deutschland kein Interesse mehr haben. (Höher geht's nimmer!)

Lokale u. Vermischte Nachrichten.

Stadtverordnetenversammlung.

* Weidenheim, 2. April. Die Stadtverordneten- Versammlung zum wiederholten Male die Bewaffnung der Feld- schützen mit Schusswaffen ab. Der Magistrat hatte die Vor- lage erneut eingereicht und begründet. Der Stadtverordnete Christ bezeichnete die Begründung des Magistrats für Unsinn. Durch ihre Persönlichkeiten wählten sich die Beamten Respekt verschaffen. Die Arbeiterschaft verwahre sich dagegen, daß die Beamten bewaffnet werden.

Hinweis.

* Radesheim a. Rh., 8. April. Auf den morgen, Freitag, abends 8 Uhr in der Turnhalle stattfindenden Vor- trag des bekannten demokratischen Redners Herrn Pfarrers Krell über „Die politische Lage“ wird hiermit nochmals hingewiesen.

Hohe Pachtpreise.

* Schierstein, 7. April. Die Grundstücksverpach- tung der Schierstein'schen Gutsverwaltung hatte eine so große Zahl von Interessenten angelockt, daß sie der Saal nicht alle fassen konnte. Die Steigerer trieben sich gegen- seitig derart in die Höhe, daß ganz willkürliche Gebote abgegeben wurden. Man bot für die Rute 10 und 12 Mk. Pachtgeld. Die Versteigerung lieferte einen Beweis für den bestehenden Landhunger seitens der arbeitenden Bevölkerung und warf ein grelles Licht auf die das Volk beherrschende Angst über die Ernährungsfrage der nächsten Zukunft.

Phantastische Kohlenpreise.

* Der Kohlenpreis für März ist von der französischen Grubenverwaltung in Saarbrücken um weitere 100 Mark für die Tonne oder 1000 Mark für den Waggon erhöht worden. Der Kohlenpreis soll allmählich auf die Höhe des Weltmarktpreises gebracht werden. Bei Erreichung dieses Preises würde also der Waggon Kohlen 12 000 Mk. und der Sektuer 120 Mk. kosten.

Das Tabaksteuergesetz.

Am 1. April in Kraft getreten. Darnach beträgt die Steuer beispielsweise für eine Zigarre im Preise von Mk. 1.00 38 Pfg., von Mk. 1.50 60 Pfg., steigend bis Mk. 1.20 Steuer für eine Zigarre zu Mk. 3.—. Zigaretten zahlen 11 bis 80 Pfg. Steuer. Auch Rauch-, Kau- und Schnupftabak wird besteuert. Das Rauchen ist dadurch ein sehr teures Vergnügen geworden und mancher wird ganz darauf Verzicht leisten müssen.

Ueberfahren.

* Badesheim, 8. April. Die 68 Jahre alte Wittin des Wärters Wilhelm Sepp wurde auf der nach Bingen führenden Straße von einem Militärauto überfahren und so schwer verletzt, daß sie bald darauf starb.

Erhöhte Margarinepreise.

* Den „V. V. R.“ wird mitgeteilt: Die anhaltende Preissteigerung auf allen Gebieten hat die Kosten der Mar- garineherstellung inzwischen so sehr erhöht, daß der Reichs- wirtschaftsminister sich gezwungen gesehen hat, ab 1. April 1920 den Preis für die im Inlande hergestellte Margarine auf Mk. 30.75 für das Kilo ab April zu erhöhen.

Der Ruhm des Binger Polizeihundes.

* Sarmshheim, 31. März. Manche Lichtscheue Katze in der Rhein- und Nahegegend hätte noch nicht ihre Auf- merksamkeit gefunden, wenn nicht der Polizeihund der Binger

Wach- und Schließgesellschaft gewesen wäre. Wie noch be- sonders hervorgehoben wird, ist ihm auch die Entdeckung der Täter gelungen, die den Einbruch in die Kirche zu Sarmshheim vollführten. Dank der prompten Arbeit des Hundes war die richtige Spur bald gefunden und der eine Täter überführt. Die Untersuchung führte dann auch zur Feststellung seines Helfers.

Der Belagerungszustand in Wiesbaden.

* Die Bekanntmachung des Generals Degoutte vom 6. April erklärt den Belagerungszustand auch für Wies- baden - Stadt und - Land; Viehdiebstahl ist ausgenommen. Jeder Streik ist untersagt. Alle Versammlungen, auch private, sind ohne besondere Genehmigung der französischen Behörde verboten. Der Belagerungszustand ist am 6. April in Kraft getreten. Durch die Verhängung des Belagerungs- zustandes über Wiesbaden ist eine Änderung der Polizeistun- den in den Gastwirtschaftsbetrieben nicht verfügt. Die örtliche Polizeistunde — 10 Uhr abends — bleibt vorläufig bestehen.

Um des Fells willen.

* Junge Hunde und Katzen, die man früher zu Tau- senden erkaufte, werden jetzt sorgfältig aufgezogen. Für kleine junge Hunde werden sogar ohne Rücksicht auf den Rassenwert bis zu 100 Mark bezahlt. Eine Bäuerin erlöste neulich für 4 Katzen 148 Mark. Selbst die Katzen- felle werden begehrt. Es wäre jedenfalls besser gewesen, auf die Katzen Jagd zu machen, als auf die Mautwürfe.

Zum Kirchenraub.

* Sarmshheim, 3. April. Nachts wurde, wie kurz berichtet, in die katholische Kirche in Sarmshheim eingebrochen. Die Täter sind durch ein Kirchenfenster, welches sie zer- trümmert haben, in die Kirche eingestiegen und haben das Tabernakel erbrochen. Sie entwendeten einen Kelch, dessen Metall sie aneinander für Gold gehalten haben. Die Kirchen- räuber konnten schnell hinter Schloß und Riegel gebracht werden. Es sind junge Burschen im Alter von 17—22 Jahren aus Sarmshheim, die Gebrüder Adam und Johann Siegler und Wilhelm Diehl. Sie haben die Tat eingestanden. Die Entdeckung der Täter erfolgte durch den Polizeihund und der Binger Wach- und Schließgesell- schaft.

Großer Häuterdiebstahl.

* Während der Nacht zum ersten Ostertag brachen Diebe in eine Schuhfabrik in Mainz ein und stahlen un- erarbeitete Lederhäute von gelber, grauer, brauner und schwarzer Farbe im Werte von etwa 1 Million Mark. Auf die Wiederbeschaffung des gestohlenen Gutes ist eine hohe Belohnung gesetzt.

Die Lederdiebstähle.

in der Lederfabrik von C. Heyl in Worms nehmen immer größeren Umfang an. Nachdem seit kurzem durch ver- schiedene Einbrüche und Diebstähle für mehrere Hundert- tausend Mark Leder gestohlen wurde, sind jetzt wiederum zwei Lederdiebe erwischt worden. Von einem an der Fabrik stehenden Eisenbahnwagen stahlen ein 21jähriger Mühlen- arbeiter und ein 19jähriger Tagelöhner sechs Rindschäute im Werte von 7500 Mark. Beide wurden aber bald er- mittelt und verhaftet.

Diebstähle.

* Aus dem Nied., 5. April. Einem Landwirt zu Leeheim wurde nachts aus dem Stalle das beste Pferd im Werte von 25—30 000 Mk. gestohlen. Die Spitzhaken nahmen auch das Pferdegeschirr mit. — In Kaunheim wurde aus der Lederfabrik von R. Hym ein sogenannter Magnet vom Bastant fortgeschafft. Der Bestohlene hat 1000 Mk. Belohnung ausgesetzt. — Daß auch das Geflügel im Freien vor Dieben nicht sicher ist, mußte der Landwirt Josef Wabel 3 zu Ksheim zu seinem Schaden erfahren. Aus dem neuen Bache wurden ihm 10 Gänse gestohlen. Man sieht, das Diebstahlhandwerk blüht auf dem Lande jetzt ebenso stark wie in den Städten.

Ein vorbildlicher Hofbesitzer.

* Im Kreise Olpe wollte ein Hofbesitzer ein größeres Quantum Holz verkaufen und hatte einen Termin hierzu bekannt gegeben. Bevor dieser Tag herantrat, ging der Hofbesitzer durch seinen Wald und schätzte das zu verkaufende Holz. Zur angelegten Stunde hatte sich eine große Anzahl Käufer eingefunden. Als der Verkauf begonnen, setzte auch sofort ein stilles Bieten ein, denn jeder wollte Holz haben. Der Hofbesitzer hörte ruhig zu. Als die Gebote bis an das von ihm gemachte Torat gelangt waren, trat er hervor und sagte: Es ist genug, mehr will ich nicht haben! Das Bieten hörte auf, und mancher kleine Mann kam durch diese Höflichkeit preiswert zu einer fairen Holz. — „Es ist genug!“ Wenn dieser Grundsatz im ganzen deutschen Vaterlande zur Durchführung gebracht werden könnte, und wenn jeder, der etwas zu verkaufen hat, ihn sich mit gutem Willen zu eigen machte, dann hätten wir auch bald wieder erträgliche Zeiten.

Weitere Erhöhung der Besatzungsarmee.

* Berlin, 2. April. „Daily Mail“ berichtet aus Paris: In der Montagssitzung der Allierten Vorkonferenz ist auf Antrag des Marschall Foch eine weitere Erhöhung der Stärke der Besatzungsarmee um 30 000 Mann beschlossen worden.

Die Verringerung der Reichswehr.

* Berlin, 6. April. In den nächsten Tagen wird, wie wir hören, die planmäßige Verringerung der Heeres- Stärke so weit durchgeführt sein, daß die gesamte Reichswehr nur noch 200 000 Mann beträgt. Die Entlassungen aus der Reichswehr in den letzten 10 Tagen sind ordnungsgemäß vor sich gegangen.

Ein Brief Hindenburgs.

* Paris, 5. April. Der Korrespondent des „Journal de Strasbourg“ hat einen Bericht des Marschalls Hinden- burg an den Reichskanzler aus dem Jahre 1917 ange- geben über die Elsaß-Lothringen zu gebende Ver- fassung, wenn Deutschland siegreich wäre. Der Marschall sah eine Reihe von Sicherheitsmaßnahmen vor, die in der Ausschließung jedes französischen Unternehmens und der Elsaß-Lothringischen Beamten bestanden; außerdem unterdrückte er jeden Gedanken an Autonomie. Er bemerkte, daß diese Maßregeln nicht schon früher ergriffen worden waren, denn dann wäre Elsaß-Lothringen ein deutsches Land geworden. Schließlich sah er noch die Annexion Elsaß-Lothringens durch

Preußen vor, ohne auf die andern Bundesstaaten Rücksicht zu nehmen. So wollte Deutschland mit den beiden Frank- reich treuen Provinzen verfahren. Der Korrespondent fügt hinzu, daß kolossale Anstrengungen gemacht werden, damit jedermann im Lande wisse, was Frankreich ist, welches seine ruhmvolle Geschichte ist und welcher Zukunft es entgegengeht.

Die größeren Postkarten.

* Die seit 1. Oktober 1919 für den inneren deutschen Verkehr zugelassenen nichtamtlichen d. h. im Privatwege hergestellten Postkarten in der Größe der Paket- karten (15,7 zu 10,7 cm) werden häufig in das Ausland verschickt. Da nach den Bestimmungen des Weltpostver- trages Postkarten im Auslandsverkehr die Abmessungen von 14:9 cm nicht überschreiten dürfen, werden die größeren Karten von einigen Ländern als Briefe angesehen und mit der entsprechenden Nachschußgebühr belegt. Bis zur Regelung der Frage durch den nächsten Weltpostkongreß wird zur Vermeidung von Nachteilen empfohlen, nach dem Auslande nur Karten in der Größe der amtlichen Postkarten zu verschicken.

Revisionsantrag des Fährichs von Hirschfeld.

* Der wegen des Attentats auf Erzberger vom Schwur- gericht zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilte Fährich v. Hirschfeld hat Revision beim Reichsgericht eingelegt. Gleich- zeitig wurde ein Antrag auf Haftentlassung eingebracht und eine Kaution von 30 000 Mk. angeboten. Die Strafkammer hat diesen Antrag jedoch wegen Fluchtverdacht abgelehnt.

Die letzte Fahrt der „Emden“.

* Basel, 1. April. Der „Katin“ berichtet: Das deutsche Kriegsschiff Emden, das an Frankreich fällt, ist gestern mittag in Cherbourg eingelaufen. Es ist aber für jede Fahrt vollkommen unfähig. Die „Emden“ wurde mit einem Kreuzer und einem Zerstörer zugleich ein- geliefert. Alle sind in einem besorgniserregenden Zustande. Die Maschinen und elektrischen Anlagen wurden durch die Mannschaften zerstört. Man liefert also Frankreich nur altes Eisen, dessen Instandsetzung unverhältnismäßig hohe Kosten fordern würde.

Italien für eine Revision des Friedens.

* In der Erkenntnis, daß der Vertrag von Versailles materiell einfach undurchführbar ist, sind sich in Italien alle Parteien, das ganze Volk und die Regierung einig. Die Forderung nach einer Revision dieses Instruments wird von allen Organen der öffentlichen Meinung laut und un- zweideutig erhoben.

Die amerikanischen Streitkräfte in Deutschland.

* Paris, 7. April. „Petit Parisien“ zufolge hat Präsident Wilson in einem an den Kongreß gerichteten Brief die Verwendung amerikanischer Kräfte bei einer etwaigen Aktion gegen Deutschland festgelegt. Er erklärt, daß diese Kräfte dem Befehl des Präsidenten allein unterstellt bleiben. Die amerikanische Regierung habe sich der Unterstellung amerikanischer Kräfte unter den Oberbefehl der hohen Rheinlandkommission widersetzt. Marschall Foch habe keine Befehlsgewalt über die amerikanischen Truppen auf deutschem Boden und niemand könne über sie verfügen, ohne einen ausdrücklichen Befehl des Präsidenten der Vereinigten Staaten.

Weinzeitung.

* Landau (Pfalz), 2. April. Das Weinverkaufs- geschäft ist ruhiger. Es wurden in letzter Zeit wenige Abschlüsse vollzogen. Die Preise waren im oberen Gebirge hoch. Es wurden in Hambach, Edenkoben und auch hier 20 000—23 000—25 000 Mk. für die 1000 Liter 1919er bezahlt. Verschiedene kleinere Posten 1918er kamen auf 24 000—25 000 Mk. die 1000 Liter. Wegen zu hohen Ausschank Preisen wurden im mittleren Gebirge Winger- vereinswirtschaften geschlossen. Es handelt sich dabei nur um 1919er.

Bücherkunde.

Eine billige Freude.

— In dieser trüben Zeit, in der politischer Wirtware und unendliche Teuerung das unabwendbar traurige Tages- gespräch sind, ist jede Nummer der „Lustigen Blätter“ eine Oase der Erholung und des frohlichen Lachens. Auch die neueste, soeben erschienene Nummer 12 ist wieder voll lustiger künstlerischer und literarischer Beiträge; und wenn man be- denkt, daß alle andern Dinge des Zwangslages des Frie- denspreises oder mehr kosten, so dürfen die „Lustigen Blät- ter“ wirklich eine „billige Freude“ genannt werden.

Verantwortlich: Adam Etienne, Detsch.

Umzüge

von und nach allen Plätzen der Welt
übernimmt

Berthold Jacoby

Niederlassung Wiesbaden: Doltzheimerstr. 57.

Telephone: 550 und 4010.

Stammhaus: Hamburg.

Niederlassungen: Wien. Paris. London.

New-York. Wiesbaden.

Einlagerung

ganzer Wohnungseinrichtungen.

Bekanntmachung.

In unser Handelsregister A ist unter Nr. 138 die Firma „Oskar Rupp, Bau moderner Feuerungsanlagen, Niederwalluf“ eingetragen worden.

Inhaber der Firma ist: Ingenieur Oskar Rupp zu Niederwalluf.

Elville, den 22. März 1920.

Das Amtsgericht.

Bekanntmachung.

In unser Vereinsregister ist heute unter Nr. 10 der „Beamtenverein Elville“ eingetragen worden.

Elville, den 22. März 1920.

Das Amtsgericht.

Bekanntmachung.

In unser Vereinsregister ist heute unter Nr. 9 der „Beamtenverein Niederwalluf“ eingetragen worden.

Elville, den 22. März 1920.

Das Amtsgericht.

Vorschuss-Verein Elville

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Sonntag, den 18. April ds. Jrs.,

3 Uhr nachmittags,

Generalversammlung

im Rathssaale.

Tages-Ordnung.

1. Bericht des Vorstandes über das abgelaufene Geschäftsjahr.
2. Bericht des Aufsichtsrats über die Prüfung der Jahresrechnung und Bilanz. Genehmigung der Bilanz, sowie Entlastung des Vorstandes.
3. Beschlussfassung über die Verwendung des Reingewinnes.
4. Neue Festsetzung der Maximalgrenze für Kreditgewährung an Mitglieder.
5. Wahl eines Kontrolleurs.
6. Neuwahl von 8 statutenmäßig ausscheidenden Aufsichtsratsmitgliedern.
7. Bericht über die im Juni 1919 durch den Verbandsrevisor vorgenommene 17. gesetzliche Revision.
8. Wahl einer Kommission zur Einschätzung von Crediten an Vorstand und Aufsichtsrat.
9. Erwerb von Grundeigentum (§ 36 Abs. 5 der Statuten).
10. Festsetzung der Entschädigung für Mithewaltung an Aufsichtsratsmitgliedern. (§ 16 Abs. 6 der Statuten).
11. Aenderung unserer Firma.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats
Jean Müller, Fabrikant.

Der Geschäftsbericht liegt zur Einsicht der Mitglieder in unserem Kassentafel offen.

Versteigerung.

Freitag, den 9. April 1920,

mittags 1 Uhr,

lässt Johann Erb in Winkel in seiner Wohnung Bachweg 29,

Möbel aller Art

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Freiwillige Versteigerung.

Anfolge Auftrags versteigere ich am Freitag, den 9. April 1920, vormittags 9 1/2 Uhr, in Erbach i. Rheing., Hauptstraße 21a:

22 Halbstückfässer (Kastanien),

3 Viertelstückfässer (eichen),

2 Fässer, 260 Liter (eichen),

3 Fässer, 220 Liter (eichen)

Öffentlich meistbietend gegen Barzahlung.

Elville, den 6. April 1920.

Wagner, Gerichtsvollzieher.

Zu kaufen gesucht:

Meyer, Brodhaus und Herders Verlags, Ulstein Weltgeschichte, Brechens Tierleben, Weltall und Menschheit, Mensch und die Erde, Bibliothek des allgemeinen und praktischen Wissens, Lueger, Verzeichnis der ges. Technik, Fuchs Sittengeschichte und ähnliche Bücher, Klassiker und sonstige guterhaltene Werke und Bücher.

Ausführliche Angebote mit Jahr des Erscheinens und Einbände.

Viktor von Zabern, Buchhandlung,
Mainz, Schillerstraße.

Verkauf von Samstag ab einen großen Transport prima

 Ferkel und Läuferschweine

Wilhelm Sudhoff, Schweinehandlg.,
Winkel, Hauptstraße 24. Telefon 121.

Kauft die weltberühmten Fahrnauer Schuhwaren

und beachtet
beim Einkauf



genau diese
Schutzmarke!

Alleinverkauf für Oestrich und Umgegend bei
Jakob Nebel Ww.

Für den Sommer neu eingetroffen:

Prima Segeltuchspangenschuhe in allen Grössen.

Statt Karten.

Für die anlässlich unserer Hochzeit und in so reicher und schöner Art zugegangenen Glückwünsche und Geschenke sagen wir allen auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank.

Oestrich, Ostern 1920.

Joh. Wilhelmi u. Frau

Köthe, geb. Wibo.

Die Möbelfabrik

von
Simon Sauer Ww., Alzey, (Rheinhess.)

Gegr. 1829 — Telefon 364

empfiehlt

Schlafzimmer mit zwei- und dreitürigen Schränken in eiche, nussbaum, birke und mahagoni sowie

Speisezimmer, Herrenzimmer, Kücheneinrichtungen,
alles erstklassige Fabrikate

und
alle Einzelmöbel in großer Auswahl
zu zeitgemäß niedrigen Preisen.

Färberei u. chem. Reinigung Karl Döring, Wiesbaden.

Fabrik: Drudenstrasse 5. — 6149 Telefon 6149.

Läden: Weissenburgstrasse 12, Schwalbacherstrasse 9.

Reinigen u. Färben sämtl. Herren- u. Damengarderoben

sowie Teppiche, Möbelstoffe usw.

Dekatieren und Imprägnieren (wasserdicht).

Durch genügend Benzinvorrat bin ich in der Lage, allen Anforderungen im Reinigen gerecht zu werden. Lieferzeit 8—10 Tage. Trauersachen 24 Stunden.

Prompte Bedienung. — Solide Preise.

Annahme für Oestrich und Umgegend:

Frau Maria Hofmann, Oestrich, Mühlenstrasse 9.

Elektr. Kupferschnüre

für Zugpendel, Stehlampen, Kochapparate etc. zu

billigsten Preisen.

Flack, Wiesbaden, Luisenstr. 25, gegenüber dem Realgymnasium.

Telephon 747.

Bur Kommunion

empfiehlt

Gebet- und Gesangbücher

Kommunion-Andenken .: Rosenkränze
in reichster Auswahl

Glückwunschkarten für Kommunikanten.

Adam Etienne, Oestrich a. Rh.

Kaufmännische Privat-Schule

Hermann u. Clara

Bein

Wiesbaden, 22

Kirchgasse

an der Luisenstrasse.

Beginn neuer Vor-

Gesamt- u. Einzelkurse

für alle Fächer u. Kenntnisse,

die der Geschäftsmann und

der Bürger im kaufm. und

wirtschaftl. Leben bedarf, zu

Anfang jeden Monats.

Gefrennte Damenabteilungen.

Ebenso

Nachm.-Sonderkurse

und **Privat-Unterricht** für

alle Arten Buchführung

Bilanz-Abschlüsse

kaufmänn. Rechen

Konto-Korrente,

Stenographie,

Maschinen-Schreiben,

Schönschreiben etc.

Einmalige billige Honorare

für die ganze Dauer des

Unterrichts.

Herm. Bein

Clara Bein

Dipl.-Kaufleute und

Dipl.-Handelslehrer.

Fernsprecher 223.

2-3000 prima Oestricher Setzholz

zu verkaufen.

Zu erf. in der Exped. d. Sig.

Mädchen,

in allen häuslichen Arbeiten er-

fahren, sucht Stelle als Stütze

oder besseres Hausmädchen, am

liebsten in Rheing., gute Beugn

vorhanden.

Off. unter 2. 23 an d. Verlag

dieses Blattes.

VERGRÖßERUNGEN

von jedem kleinen Bilde sowie aus Gruppenbildern, auch

Verkleinerungen in Semi-Emalle mit Broschen und Anhängern

billigst.

Frieda Simonsen, Wiesbaden, Rheinstrasse 56.

Deutschnationale Volkspartei

(Kreisverein Rheingau.)

Sonntag, den 10. April ds. Jrs., abends 7 1/2 Uhr

Öffentliche Versammlung

im Hotel Reisenbach zu Elville.

Vortrag des Herrn Kaufmann Hoffmann-Wiesbaden

über:

„Die politischen Ereignisse im Monat März und die deutschnationale Volkspartei.“

Im Hinblick auf die gespannte politische Lage und die bevorstehenden Wahlen bittet um recht zahlreiches Erscheinen

Der Vorstand